

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 29 (2002)
Heft: 4

Artikel: Geschäftslast : Parlamentarier bekommen keine Verstärkung
Autor: Crivelli, Pablo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910100>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Parlamentarier bekommen keine Verstärkung

PABLO CRIVELLI

Die Geschäftslast wiegt immer schwerer auf dem Parlament. Das bringt das Milizsystem an seine Grenzen. Trotzdem bekommen die National- und Ständeräte keine vom Staat bezahlten persönlichen Mitarbeiter.

DIE GESCHÄFTSLAST nimmt immer mehr zu. Auch eine im letzten Herbst unter den Parlamentariern durchgeführte Umfrage hatte eine gewisse Unzufriedenheit über den hohen Zeitaufwand für die Erledigung administrativer Arbeiten gezeigt. 61 Prozent der National- und Ständeräte hätten es lieber gesehen, zu ihrer Entlastung einen persönlichen Mitarbeiter als eine Erhöhung ihrer Entschädigung zu erhalten. Nun sorgte diese Frage auch in der Sommer-session für rote Köpfe.

Während die einen Ratsmitglieder bemängelten, die den Parlamentsvertretern

zur Verfügung stehende logistische Infrastruktur sei ungenügend, befürchteten andere, eine Erhöhung der Entschädigungen könnte zu einer Schwächung des Milizsystems führen.

Einige SVP-Fraktionsmitglieder erinnern daran, das Mandat eines Volksvertreters bestehe darin, dem Volk zu dienen, und nicht, auf seine Kosten Geld zu verdienen. Zudem bräuchten die Ratsmitglieder keine persönlichen Mitarbeiter, die ihnen die Arbeit erklärten. Ganz anders argumentieren die Befürworter der Reform: Ihrer Ansicht nach laufen die Parlamentarier – ohne Hilfe persönlicher Mitarbeiter – Gefahr, sich im Netz verschiedener der Interessenvertretungen zu verstricken und ihre Unabhängigkeit zu verlieren.

Das Dossier wurde zwischen den beiden Kammern hin und her geschoben, bis am Donnerstag der Nationalrat zu Gunsten des Vorschlags des Ständerats nachgab. Dieser sieht für die Parlamentarier keine persönlichen Mitarbeiter vor (welche Kosten von 40 000 Franken pro Person nach sich gezogen hätten), sondern höhere Entschädigungen. Die Version der Kleinen Kammer kostet jährlich rund zehn Millionen Franken. Das sind vier Millionen weniger als der Vorschlag des Nationalrats gekostet hätte. Dabei

dürften auch taktische Überlegungen mitgespielt haben: 1992 hatte das Volk gegen die Idee eines persönlichen Mitarbeiters gestimmt.

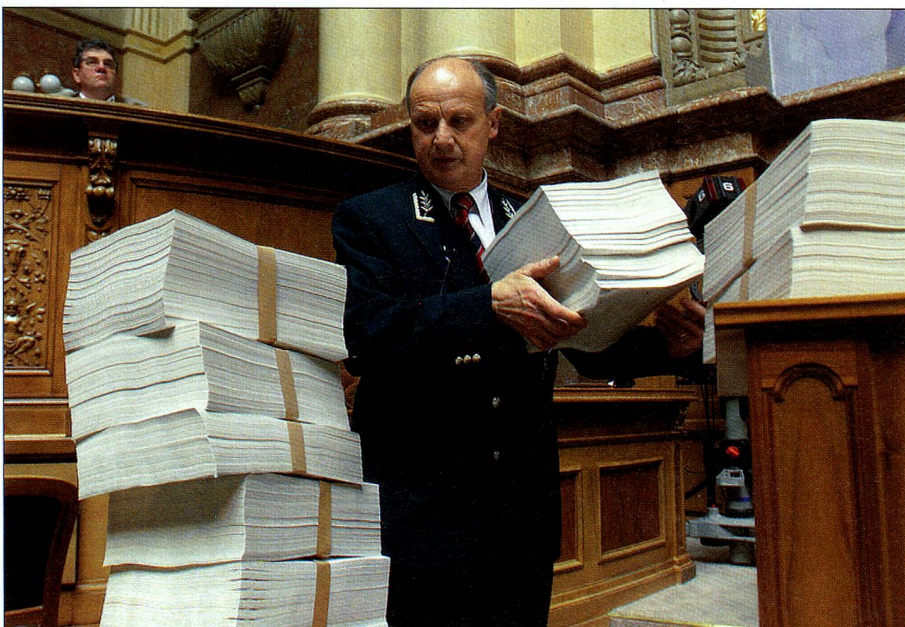
18 Wochen sind nicht genug

Nach dem Ständerat im Frühling nahm sich auch der Nationalrat der Armee reform an. Zu den umstrittensten Punkten gehört die zukünftige Dauer der Rekrutenschule. Der Nationalrat zog es vor, die Festlegung der RS-Dauer dem Bundesrat zu überlassen. Die Exekutive wird sich nun zwischen einer Minimalvariante von 18 Wochen und einer Maximalvariante von 21 Wochen entscheiden müssen. Der Ständerat seinerseits hatte sich auf Druck der Wirtschaftsverbände für die 18-wöchige Minimalvariante ausgesprochen.

Die Armee des 21. Jahrhunderts wird kleiner als die aktuelle sein, und zwar um 200 000 Personen. Weitere Neuerung: Jedes Jahr werden 15 Prozent der Rekruten – so genannte Durchdiener – den gesamten Militärdienst am Stück absolvieren können.

Ohrfeige für Deutschland?

Dies dürfte es in der Geschichte des modernen Schweizer Bundesstaats noch nie gegeben haben: Der Nationalrat hat den Staatsvertrag mit Deutschland betreffs des Überfliegens des süddeutschen Raums im Anflug auf den Flughafen Zürich-Kloten abgewiesen. Die Vorlage sah eine Limite von 100 000 Flügen pro Jahr sowie eine Ausdehnung des Nacht- und Wochenendflugverbotes vor. Während die Sozialdemokraten und die Grünen dafür stimmten, erachtete die bürgerliche Mehrheit den Vertrag als diskriminierend für die Fluggesellschaft Swiss und den Flughafen Zürich-Kloten. Doch Deutschland hat bereits wissen lassen, dass es im Falle einer Ablehnung eine noch strengere Reglementierung anordnen würde. Das Geschäft wird im September noch vom Ständerat behandelt, doch gilt es als praktisch sicher, dass der Vertrag scheitern wird. 



Ein Weibel verteilt Berge von Akten an die Parlamentarier.

Übersetzt aus dem Italienischen.